



**Niederschrift  
zur 3. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der  
Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Montag, den 26.04.2010  
**Sitzungsbeginn:** 19:16 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:57 Uhr  
**Ort, Raum:** Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss,  
Marktplatz 20 in 15806 Zossen

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitzender**

Herr Sven Baranowski

**Ausschussmitglieder**

Frau Petra Miersch

Herr Dr. Rainer Reinecke

**sachkundige Einwohner**

Herr Thomas Blanke

Herr Joachim Büder

Herr Detlef Klucke

Frau Kerstin Lindstedt

**Amtsleiterin Ordnungsamt**

Frau Stefanie Klähn

**Amtsleiter Rechts- und Personalamt**

Herr Raimund Kramer

**Protokollantin**

Frau Carmen Schulze

**Gäste**

Frau Karola Andrae

Stadtverordnete

Bürger

5

**Es fehlen:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Peter Hummer

entschuldigt

Herr Ralf Markwardt

Herr Rolf von Lützwow

entschuldigt

**sachkundige Einwohner**

Frau Ulrike Nowy

**zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Der Ausschuss wurde um 19:16 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Baranowski, eröffnet.

## zu 2 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Von den sechs geladenen Ausschussmitgliedern waren drei Mitglieder anwesend. Damit war der Ausschuss nicht beschlussfähig.

Eine informelle Beratung sollte trotzdem erfolgen.

## zu 3 **Feststellung der Tagesordnung**

- keine Feststellung, da nicht beschlussfähig

## zu 4 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses vom 18.01.2010 (Wiedervorlage - Verteilung erfolgte über Postfächer) und 01.03.2010**

- keine Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften, da nicht beschlussfähig

## zu 5 **Bericht aus der Verwaltung**

Herr Kramer informierte, dass die neue Aufgabenstruktur des Bauhofes zur Stadtverordnetenversammlung am 24.03.2010 verteilt wurde. Die Bereiche Grünanlagenpflege und Straßenbegleitgrün wurden an externe Firmen übergeben.

Weiterhin wurden durch die Verwaltung mündlich alle Anfragen aus der letzten RSO-Sitzung wie folgt beantwortet:

Zuwegung zum Bahnübergang Wünsdorf – Loch, Steine locker:

Nach Rücksprache mit Herrn Ludwig wurde das Loch mit Recycling verfüllt und nach einem Kontrollgang am 19.03.2010 noch einmal aufgefüllt, da das Recycling nachgesackt war.

### **Schreiben/Mails von Bürgern:**

1. Verkehrssicherungspflicht in Wünsdorf (Hr. Göx, Zossen)  
Nach Besichtigung des Außendienstes, wurde festgestellt, dass es viele problematische Straßen nach dem langen Winter gibt. Die Aufnahme in die Prio-Liste muss geprüft werden (Kostenfrage).  
Hinweis: Die Bürger sollten Informationen direkt an die Verwaltung geben (nicht nur an die Stadtverordneten), da das Verwaltungsverfahren eingehalten werden muss.
2. Zumutung Kastanienallee (Hr. Hansen, Dabendorf)  
Herr Hansen wurde zu einem persönlichen Gespräch in die Verwaltung eingeladen; hat sich aber noch nicht gemeldet.
3. Ordnungsangelegenheiten (Fr. Warmuth, Nächst Neuendorf)  
Busgeldverfahren wurde aufgrund der besonderen Situation (schlechte Schneeberäumung der Bahnhofsparkplätze) eingestellt.

## zu 6 **Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Auf Nachfrage von Herrn Reinecke, wann die Geschäftsordnung wieder in die Stadtverordnetenversammlung eingereicht wird, antwortete Frau Andrae, dass hier erst Rücksprache mit der Mediatorin Frau Prof. Dr. Mickleby gehalten werden sollte.

Herr Reinecke bat um Information zum Stand der Kleinen Aussicht Kallinchen. Frau Klähn berichtete über die schwierige Problematik. Grundsätzlich handelt es sich hier definitiv um ein Privatgrundstück. Da die Stadt annimmt, dass es sich hier um einen öffentlichen Weg handelt, wurde ein Verwaltungsverfahren eingeleitet (Situation vergleichbar wie Potsdam).

Frau Lindstedt bat um Information, wer in den einzelnen Ortsteilen für Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit auf den Spielplätzen verantwortlich ist. Frau Klähn erklärte, dass das Bauamt für den Bereich Sicherheit zuständig ist. Turnusmäßig werden Sicherheitskontrollen nach den gesetzlichen Vorschriften durch einen Gutachter durchgeführt. Die Spielplatzpflege obliegt in der Zuständigkeit des Bauhofes (turnusmäßig alle 2 Wochen, wenn nicht sogar jede Woche – Verwaltung wird nachfragen).

Herr Baranowski weist auf Folgendes hin:  
Im Stadtpark (Bahnhofseite) ist die Beleuchtung defekt.  
Der Sachverhalt wird zuständigkeitshalber an das Bauamt, Frau Casper, weitergeleitet.

#### **zu 7 Einwohnerfragestunde**

Frau Haenicke informierte wie folgt:  
An 2 bis 3 Kastanien gegenüber der alten Posthäuser (Straße der Jugend / Ecke Gerlachshof) sind alte Kabelkanäle und Schilder angenagelt. Eine Beseitigung muss hier dringend erfolgen.  
Der Sachverhalt wird Zuständigkeitshalber an das Ordnungsamt, Frau Klähn, weitergeleitet.

#### **zu 8 Beratung über die Einrichtung eines Präventionsrates**

Herr Baranowski möchte hier einen Denkanstoß an die Fraktionen geben, um zu überlegen, ob ein Präventionsrat für Zossen gewünscht beziehungsweise vielleicht sogar sinnvoll wäre.

Es wurde über das „Für“ und „Wider“ eines Präventionsrates diskutiert.

#### **zu 9 Beratung zur Straßenreinigungssatzung**

Der Entwurf der Straßenreinigungssatzung (Stand 26.04.2010) sowie das Straßenverzeichnis für die Sommerreinigung mit dem Anschreiben vom 15.04.2010 lagen allen Ausschussmitgliedern schriftlich vor.

Herr Kramer führte aus, dass erst nach der abschließenden Beratung im Ausschuss RSO auch die Ortsbeiräte beteiligt werden müssen. Danach erfolgt die Gebührenkalkulation und die Gebührensatzung.

Frau Klähn erläuterte ausführlich das Straßenverzeichnis für die Sommerreinigung. Dieses wurde in 5 Gruppen klassifiziert. Das Straßenverzeichnis für die Winterreinigung ist in Bearbeitung und wird nach Fertigstellung zur nächsten RSO-Sitzung an alle Ausschussmitglieder versandt.

Frau Andrae informierte über die katastrophalen Zustände der Zossener Wohngebiete Johnepark und Scheunenviertel. Eine Straßenreinigung durch die Anlieger ist hier nicht zu gewährleisten. Diese Gebiete sollten zusammengefasst und durch eine XY-Firma gereinigt und kostenpflichtig auf die Anlieger übertragen werden.

Nach ausführlicher Diskussion der notwendigen Klassifizierung, der Gleichbehandlung bzw. der Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes sowie der Eigentümer- und Verkehrssicherungspflicht für Jedermann wurden folgende Hinweise zum Straßenverzeichnis gegeben:

- Horstfelder Dorfstraße als Landesstraße: hier sollte eine Aufnahme in das Straßenverzeichnis wie folgt zusätzlich aufgenommen werden: Dorfaue; Klassifizierung 5 (Hinterlandstraße zur Landesstraße)
- Nachfrage mit Bitte um Klärung: Bis wohin geht die Straße Am Bahnhof; Straße/Kreuzung Zum Bahnhof sehr befahrene Straße – hier kann eine Reinigung nicht an Anlieger übertragen werden.

- Berücksichtigung dörflicher Belange, Differenzierung Geh- und Radwege (komplette Übertragung an Anlieger)

Arbeitsauftrag des RSO:

- Vorlage des kompletten Straßenverzeichnisses mit den genannten Hinweisen zur nächsten RSO-Sitzung
- Beteiligung der Ortsbeiräte
- Einbringung der Straßenreinigungssatzung zur Beschlussfassung in die Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause

**zu 10 Beratung über den Entwurf der Einwohnerbeteiligungssatzung**

Der Entwurf der Einwohnerbeteiligungssatzung (SVV 25.11.2009 zur Beschlussvorlage 117/09) lag allen Ausschussmitgliedern schriftlich vor.

Herr Baranowski verteilte an alle Ausschussmitglieder den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen-FDP zur Beschlussvorlage 117/09 vom 20.01.2010, der als Diskussionsgrundlage dienen sollte.

Vorschläge/Empfehlungen zum Entwurf der Einwohnerbeteiligungssatzung mit Wiedervorlage zur nächsten RSO-Sitzung:

**Generell:** entweder Bürgermeisterin **oder** Hauptverwaltungsbeamten

**§ 1**

- Streichung: ... und Unterrichter der Einwohner ...“

**§ 2**

- Abs. 2, 1. Satz – Überlegung/Hinweis zur Einwohnerfragestunde der Ortsbeiräte: 30 Minuten zu wenig

**§ 3**

- Abs. 2, vorletzter Satz – Streichung: „... die vom ~~Hauptverwaltungsbeamten und ggf. Sitzungsleiter ...“~~
- Abs. 2, vorletzter Satz – Ergänzung vorletzter Satz „... um den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung **und der Bürgermeisterin/Hauptverwaltungsbeamten** zuzuleiten ist.“
- Abs. 3 vorletzter Satz – Hinweis zur 200 Einwohner: prozentuale Regelung, muss auch für Ortsteile gelten

**§ 5**

- Abs. 2: Streichung komplett

---

Nur zur Info:

Auf Nachfrage von Herrn Baranowski, wer die Entschädigungssatzung zur Beschlussfassung in die Stadtverordnetenversammlung einbringen würde, erklärte sich Frau Andrae für die Einbringung der Entschädigungssatzung zur nächsten Stadtverordnetenversammlung bereit.